



Auf der Tagesordnung:

Arbeitszeitverkürzung!

Warnstreiks auch in Bad Kreuznach

In Bad Kreuznach traten Beschäftigte der Metallindustrie in den Warnstreik. Die IGM hatte ihre Mitglieder bei KHS, Pall Filtersysteme und den Optischen Werken am 10. Januar dazu



IGM-Mitglieder im Warnstreik, aus UZ, Zeitung der DKP, vom 12.01.2018

aufgerufen. Es geht darum, daß die gute Lage der Firmen und Konzerne sich auch im Geldbeutel der Beschäftigten widerspiegelt. 6% mehr fordert die Gewerkschaft.

Arbeitszeiten an das Leben anpassen

Es geht aber um mehr. In einer Befragung von 680.000 Mitgliedern hat ein Großteil das Verlangen geäußert, daß die Arbeitszeiten wieder mehr dem Leben der Menschen angepaßt werden. Flexibilisierung, die zu oft Anpassen an das Gewinninteresse von Eignern und Aktionären bedeutet, zunehmende Arbeitsverdichtung, Schicht-, Nacht- und Sonntagsdienste kosten Kraft, Gesundheit und Lebensfreude. Besonders betroffen sind jene, die durch Kindererziehung und Pflege älterer Angehöriger gefordert sind. Es ihnen zu ermöglichen, zumindest zwei Jahre ihre

Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden zu begrenzen, ist Hauptziel neben der Lohnsteigerung.

Wichtiger Schritt in die richtige Richtung

In dieser Tarifrunde setzt die IGM die Arbeitszeitfrage wieder auf die Tagesordnung. Ein erster, richtiger Schritt. Wenn man alle geleisteten Arbeitsstunden rechnerisch auf jene verteilt, die arbeiten oder gerne arbeiten würden, kommt man pro Kopf auf 27 Stunden pro Woche. Eine 30-Stunden-Woche für alle ist also alles andere als unrealistisch. Heute arbeiten Vollzeitbeschäftigte im Schnitt knapp 42 Stunden – mehr, als in allen Tarifverträgen geregelt ist, arbeiten Millionen oft unfreiwillig in Teilzeit, die sie nicht ernährt, oder arbeiten überhaupt nicht. Zu den 2,5 Mio. offiziell registrierten Arbeitslosen kommt eine weitere Million, die in anderen Statistiken erfaßt ist, weil über 58, momentan krank, in Weiterbildungsmaßnahmen, zumeist wegen Terminversäumnissen etc. vom Leistungsbezug ausgesperrt usw. Dazu noch die sogenannte Stille Reserve all jener, die sich nirgends mehr melden, weil sie weder Aussicht



Quelle: <http://www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de/home.html>

auf Arbeit noch Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben. Davon betroffen sind Hunderttausende Frauen, die vor Hartz IV Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten oder jetzt

hätten, nun aber in der „Bedarfsgemeinschaft“ mit ihren Partner*innen nicht als „hilfsbedürftig“ gelten.

Die Zeit ist reif für die 30-Stunden-Woche

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung wird auf die Dauer unerlässlich. Mit ihr könnten die Arbeitenden mehr teil haben an der Entwicklung der Produktivkräfte, sprich Industrie 4.0 etc., statt daß immer mehr in prekäre Beschäftigung oder gar Arbeitslosigkeit abgedrängt würden. Sie ist notwendig, um dem erhöhten Verschleiß der

Arbeitskraft, gerade z.B. im Bereich psychosomatischer Erkrankungen, vorzubeugen. Sie kann grundlegend sein für ein neues Normalarbeitsverhältnis, in dem nicht mehr der Mann der Haupt- und die Frau die Nebenverdienerin ist, mit all den negativen Folgen wie mangelnder Gleichstellung. Das Leben der Menschen, die den Großteil der Waren und Dienstleistungen mit ihren Händen, Nerven und Hirnen erarbeiten, muß mehr in den Mittelpunkt statt der Profite von Konzernen, Banken und Aktionären.

Unternehmerpropaganda 1

Ihre Beschäftigten wollten überhaupt keine Arbeitszeitverkürzung, behaupten die Arbeitgeberverbände und berufen sich auf eigene Umfragen. Im Gegensatz zu den 680.000 Befragten der IGM kommen sie aber nur auf 1.055, die angeblich repräsentativ sein sollen.

Bei Auswahl: mehr Urlaub statt Geld!

Wirklich repräsentativ sind die Zahlen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG. Sie schloß einen Tarifvertrag ab, nach dem die Beschäftigten wählen konnten zwischen einer Lohnerhöhung, einer Stunde wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung oder einer Woche mehr Urlaub. 60% wählten den Urlaub, unter denen im Betriebs- und Fahrdienst mit Schicht- und Wochenendarbeit sogar 80%.

Unternehmerpropaganda 2

Arbeitszeitverkürzungen brächten keine zusätzlichen

Arbeitsplätze, so schallt es seit Jahren unisono aus den Vorstandsetagen der Konzerne. Wo jetzt die IGM aber auf zwei Jahre befristet das Recht auf die 28-h-Woche fordert, klagen die Metallarbeitgeberverbände über angeblich 200.000 dadurch notwendige Neueinstellungen. Na prima, ein weiteres Argument für die Durchsetzung der IGM-Forderungen.

Unternehmerpropaganda 3

Für die Neueinstellungen gäbe es keine Fachkräfte. Richtig ist, daß man die nicht im Wald sammeln kann wie der Pilzfreund seine Steinpilze. Diese „Steinpilze“ müssen ausgebildet werden. Und das wurde seit langen Jahren von vielen Unternehmen als Geldverschwendung betrachtet. So soll z.B. aktuell die KHS nicht nur in Bad Kreuznach, sondern im ganzen Konzern die Ausbildung einstellen wollen. Jeder Siebte zwischen 20 und 35 ist ohne berufsbefähigenden Abschluß. Hier ist genug Potential zum Ausbilden, statt zu Jammern.

Arbeitszeitfragen sind auch politische Fragen,

auch wenn momentan die Tarifverhandlungen der IGM für Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie im Mittelpunkt stehen. Wir mischen uns ein, weil Solidarität mit den Gewerkschaften zu unseren Grundprinzipien gehört. Wir denken nicht, den Gewerkschaften da Ratschläge geben zu müssen oder gar die besseren Gewerkschafter zu sein.

Vieles bezüglich der Arbeitszeit ist aber gesetzlich geregelt, angefangen vom Renteneintrittsalter, dem Mindesturlaub, täglichen und anderen Höchstarbeitszeiten. Auch der in Bad Kreuznach so aktuelle Schutz des freien Sonntags. Je enger hier der Rahmen ist, desto besser sind auch die Bedingungen für die Gewerkschaften, mehr für die Arbeitenden rausholen zu können.

Wie sind auch deshalb gegen eine Erhöhung der

täglichen Höchstarbeitszeit, laut Arbeitszeitgesetz von 8, ausnahmsweise 10, auf 12 Arbeitsstunden. Das fordern z.B. örtliche Dehoga- und CDU-Funktionäre.

Arbeitszeiten von nahezu 300 Stunden pro Monat, wie sie in Presseberichten über lokale Arbeits- und Strafgerichtsverhandlungen erwähnt wurden, sind nicht nur rechtswidrig. Sie lassen auch ahnen, wohin der Zug ginge, ließe man die Unternehmer nur machen. Auch die bisherigen Sonntagsöffnungen im Einzelhandel sind ein Stück Strategie auf dem Weg dazu, den Sonntag zum generellen Arbeitstag für alle machen zu wollen.

Wir sind keine große Partei, aber unsere Stimme wird nicht im Chor derer fehlen, die für menschlichere Arbeitszeiten sind, ob täglich, wöchentlich oder über das ganze Arbeitsleben.

der funke extra, Januar 2018, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail volker-metzroth@dkp-bad-kreuznach.de, Versand als eMail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Weitere Info unter www.dkp-bad-kreuznach.de

Die Bad Kreuznacher DKP trifft sich wieder am 19. Februar um 19:00 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach, dann wieder jeden 3. Montag im Monat, also am 19. März, 16. April und 14. Mai 2018.